

Bern

Gemeinden geraten wegen Trinkwasser unter Druck

Chlorothalonil Das Grundwasser ist in vielen Teilen des Kantons Bern belasteter als angenommen. Wer wissen will, was das nun für das Trinkwasser seiner Gemeinde bedeutet, erhält kaum nützliche Informationen.

Naomi Jones

Schweizer sind stolz auf ihr Wasser. Aus den Hähnen fliesst es in einer Qualität, die man andernorts abgefüllt im Supermarkt kauft. Doch was bisher selbstverständlich war, ist es nicht mehr. Die Diskussion rund um Pestizid-Rückstände im Grundwasser, aus dem oft auch Trinkwasser bezogen wird, sowie die nationale Trinkwasserinitiative haben die Leute sensibilisiert.

Tatsächlich ist die Situation des Grundwassers schlimmer als bisher angenommen: Im Oberaargau und im Seeland liegen laut Claudia Minkowski vom kantonalen Amt für Wasser und Abfall (AWA) «grossflächige Überschreitungen der Grenzwerte» von Chlorothalonil-Rückständen im Grundwasser vor. Seit diesem Jahr gelten dafür tiefere Grenzwerte, weil das krebserregende Pestizid im Dezember verboten wurde. Betroffen seien auch einzelne Gebiete mit intensiver Landwirtschaft im Raum Bern-Mittelland und im unteren Emmental. «Es sind viel mehr Fassungen davon betroffen, als wir bisher angenommen haben», sagt Minkowski. Für viele Wasserversorger sei es darum schwierig geworden, das Wasser mit unbelasteten Quellen zu mischen. Was heisst das nun für das Trinkwasser?

Der Kantonschemiker gibt Entwarnung (siehe Text unten), doch die Bürgerinnen und Bürger wollen mehr wissen. Doch wer sich bei seiner Gemeinde nach der Qualität des Trinkwassers informieren will, erhält oft wenig bis gar keine Angaben. So wie Rebecca Cornelia Forster aus der Oberaargauer Gemeinde Oberbipp. In der jährlichen Mitteilung zur Wasserqualität hat die Gemeinde angekündigt, dass Werte der Chlorothalonil-Abbauprodukte im November vorliegen würden. Im Dezember findet Forster nichts auf der Website der Gemeinde und fragt nach. Per Mail erhält sie eine Liste, die zeigt, dass die Rückstände über dem Grenzwert liegen.

Verwirrende Information

Eine Internetrecherche zeigt, dass dies kein Einzelfall ist. Auf den Webseiten von etlichen Gemeinden finden sich veraltete Informationen vom letzten Jahr oder verwirrende. Wiedlisbach, die Nachbargemeinde von Oberbipp, hat Messwerte aufgeschaltet, die zeigen, dass die Pestizid-Rückstände über dem Grenzwert liegen. Die Gemeinde schreibt jedoch, dass keine Massnahmen erforderlich seien. Auf Anfrage erklärt die zuständige Person, sie habe vom Labor die mündliche Zusicherung erhalten, dass der Grenzwert in Wirklichkeit nicht überschritten werde. In Oberbipp erklärt der Gemeindeführer Adrian Obi, dass derzeit eine Untersuchung des Wassers in Gang sei. «Wir wollen orientieren, wenn wir verlässliche Zahlen und Werte haben», sagt er. «Denn wir wollen niemanden verunsichern.»

Aufseiten der Konsumenten ist man mit der aktuellen Situ-



Die Wasserfassung Worben ist stillgelegt. Hier testet der Wasserversorger ein aufwendiges Filterverfahren. Foto: Adrian Moser

«Wenn die Menschen verunsichert sind, dann ist es besser, transparent zu informieren.»

Christoph Neuhaus (SVP)
Regierungsrat des Kantons Bern

ation nicht zufrieden: «Ich habe den Eindruck, dass relativ schlecht kommuniziert wird», sagt Josianne Walpen vom Schweizer Konsumentenschutz. Die Gemeinden seien vom Chlorothalonil-Verbot überrascht worden und mit dem Problem sowie der Kommunikation überfordert. Das sei problematisch, denn: «Wasser ist ein Grundnahrungsmittel, zu dem man keine Alternativen hat», sagt Walpen.

Das ist Wasser auf die Mühlen der Trinkwasserinitiative. Die Initiatorin Franziska Herren sagt: «Es ist haarsträubend.» Die Bevölkerung werde nicht informiert. Vor allem kleine Gemeinden seien mit der Situation überfordert. Täglich erhalte sie drei bis fünf Anfragen von besorgten Menschen. Oft würden die Gemeinden die ersten Anfragen beschwichtigend beantworten, ohne dass sie eine Messung durchgeführt hätten.

Die Dosis macht das Gift aus

Das Pestizid Chlorothalonil wurde in der Schweiz im letzten Dezember verboten. Seit 2018 ist bekannt, dass es bei Ratten und Mäusen Tumore hervorrufen kann. Ob auch seine Abbauprodukte krebserregend sind, ist nicht erforscht. Dass sie es sind, kann nicht ausgeschlossen werden. Aus Vorsicht hat das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) die erlaubten Grenzwerte für das Pestizid und seine Abbauprodukte massiv herabgesetzt.

Der neue Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter sei extrem tief, erklärt der Berner Kantonschemiker Otmar Deflorin. «Bis vor-

kurzem liessen sich tiefere Werte gar nicht messen.» Zudem brauche es in der Regel eine gewisse Menge, bis eine Substanz toxisch, also giftig sei. Zum Vergleich bringt Deflorin ein Beispiel: «Alkohol ist ein Zellgift, das nachweislich Leberkrebs verursacht. Wenn Sie ein Glas Whisky mit 40 Prozent Alkohol trinken, nehmen Sie eine ungleich grössere Menge an toxischen Substanzen ein, als wenn Sie einen Liter Wasser trinken.» Für Chlorothalonil gilt eine lebenslange Tagesdosis von 15 Mikrogramm pro Kilo Körpergewicht als unbedenklich. Um diese Dosis zu erreichen, müsste man also 150 Li-

ter Wasser pro Kilo Körpergewicht trinken, sofern der Grenzwert eingehalten wird. Auch unbelastetes Wasser kann gefährlich sein: Trinkt man innert kurzer Zeit sieben oder mehr Liter Wasser, so kann dies lebensbedrohlich werden. Trotzdem sei er «dezidiert» der Meinung, dass die Chlorothalonil-Abbauprodukte nicht ins Wasser gehörten, sagt Deflorin. «Dass Chlorothalonil nun verboten ist, ist eine grosse Errungenschaft der Behörden.»

Das Berner Oberland und der Jura sind nicht von den Pestizidrückständen im Grundwasser betroffen. Auch die Stadt und Agglomeration Bern nicht. (nj)

Für die Gemeinden ist die Ausgangslage neu. Denn der Nachweis von Chlorothalonil-Abbauprodukten im Grundwasser gelang erst letztes Jahr. Im seeländischen Kappelen schreibt der Gemeindepräsident Hans-Martin Oetiker (parteilos) in einem Newsletter: «Die Thematik um unser Trinkwasser ist neu und beschäftigt uns seit Ende letztem Jahr.» Auf Anfrage bestätigt er, dass die Werte zu hoch sind. Über die geplanten Massnahmen werde an der Gemeindeversammlung informiert.

Kommunikativer «Spagat»

Auch beim Kanton ist man nicht glücklich über die Kommunikation der Gemeinden. Sie und die Wasserversorger müssen nämlich nur einmal im Jahr über die Qualität des Trinkwassers informieren. Für Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP), zu dessen Direktion auch das AWA gehört, ist aber klar, dass das nicht mehr reicht. Er sagt: «Wenn die Menschen verunsichert sind, dann ist es besser, transparent darüber zu informieren, was man weiss und was man unternimmt.» Er fordert damit, dass die Gemeinden offensiver und transparenter informieren. Denn ihm selbst sind die Hände gebunden. Der Kanton kann zwar über die Belastungen im Grundwasser informieren. Aber er darf nichts über die Qualität des Trinkwassers sagen. Dieses untersteht dem Lebensmittelgesetz, das die kantonalen Behörden an eine Schweigepflicht gegenüber der Öffentlichkeit bindet.

Der Präsident des bernischen Gemeindeverbands, Daniel Bichsel (SVP), versteht die Schwierigkeiten der Gemeinden. «Sie stehen am Anfang einer neuen Situation», sagt er. Dabei müsse ihnen der «Spagat» gelingen, zu informieren, ohne eine grosse Unsicherheit zu schüren. Bichsel kann sich vorstellen, dass der Verband die Gemeinden in ihrer Kommunikation zum Thema Trinkwasser unterstützen wird und diese mit den kantonalen Behörden koordinieren wird. So oder so müssen die Gemeinden dafür sorgen, dass das Trinkwasser den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Sind die Grenzwerte einer Grundwasserfassung zu hoch, müssen die Wasserversorger auf eine andere Quelle ausweichen oder das Grundwasser mischen. Wenn dies nicht möglich ist, haben sie zwei Jahre Zeit, um eine Lösung zu finden. Der Kanton ist unterdessen daran, das Grundwasser an sämtlichen bernischen Messstellen auf die Chlorothalonil-Abbauprodukte hin zu prüfen. Mitte Jahr will das AWA die Resultate publizieren.

Bereits erste Annullierungen

Coronavirus Die Tourismusbranche spürt die Folgen des Virus. Bisher gibt es jedoch keine bestätigten Fälle im Kanton Bern.

Seit Anfang der Woche ist die Zahl der Menschen, die sich mit dem Coronavirus angesteckt haben, weltweit markant gestiegen. Der Kanton Bern blieb bislang aber verschont: «Bei allen Verdachtsfällen, die im Kanton Bern bisher abgeklärt wurden, sind die Labortests negativ ausgefallen», sagt Kantonsärztin Linda Nartey. Trotzdem hält das Virus das Kantonsarztamt auf Trab.

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wie auch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) schätzen das Risiko einer Einschleppung aktuell als möglich ein. «Gleiches gilt auch für Bern», sagt Nartey. Einzelne Fälle seien somit nicht auszuschliessen. «Zum aktuellen Zeitpunkt gibt es keinen Grund zur Panik oder übermässige Besorgnis», sagt die Kantonsärztin. Im Kanton sei man für den Ernstfall vorbereitet.

Auch die hiesige Tourismusbranche spürt erste Folgen des Virus. Besonders in Interlaken – eine Topdestination chinesischer Touristen – ist das Coronavirus Thema. Mit 146 904 Logiernächten machten die Touristen aus China 2018 rund 14 Prozent der Logiernächte aus. «Wir verfolgen die Entwicklung aufmerksam», sagt Christoph Leibundgut, der Sprecher von Interlaken Tourismus. «Unsere Mitarbeitenden mit direktem Gästekontakt sind sensibilisiert», ergänzt Leibundgut. «Sie reinigen ohnehin regelmässig die Hände.»

Einzelne Absagen

Auch bezüglich der Gästezahlen dürfte die Region die Folgen des Coronavirus zu spüren bekommen: Am Wochenende gab das chinesische Tourismusministerium ein Verbot für Gruppenreisen ins Ausland bekannt. Landesweit befürchtet Schweiz Tourismus einen Einbruch der Gästezahlen bis zu 50 Prozent. «Kurzfristig ist mit weniger chinesischen Gästen zu rechnen», sagt Leibundgut dazu. Eine mittel- oder längerfristige Prognose sei aber nicht möglich.

Mit 24 733 Logiernächten (2018) sind chinesische Touristen in der Region Bern generell weniger präsent als im Berner Oberland. Doch auch hier macht man sich Gedanken: «Wir verfolgen das Geschehen aufmerksam», sagt Corina Gilgen, Präsidentin des Regionalverbandes Hotellerie Bern + Mittelland. Von Absagen chinesischer Reisegruppen hat Gilgen Kenntnis: «Es gab vereinzelte Annullierungen.»

Bei der Tourismusorganisation Bern Welcome behält man die Situation ebenfalls im Auge. Mit einem markanten Rückgang bei den Gästezahlen rechnet man aber nicht. «Die nächsten Wochen sind nicht die Hauptreisezeit der chinesischen Gäste», sagt Manuela Angst, Vorsitzende der Geschäftsleitung von Bern Welcome. «Zudem ist Bern keine typische Destination für Pauschalreisen aus China.» Das Gruppenreiseverbot habe daher wenig Einfluss. Massnahmen zu treffen, erwägt die Tourismusorganisation zum aktuellen Zeitpunkt nicht.

Simone Klemenz